



GEDANKEN ZUR STRUKTURREFORM POLIZEI BERLIN



Foto: Thomas Peise

Ende Februar erfuhren wir über einen detaillierten Bericht in einer Tageszeitung von einer geplanten Strukturveränderung in der Berliner Polizei. Am folgenden Tag informierten Innensenator Andreas Geisel und Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik unseren Landeschef Norbert Cioma sowie seine Stellvertreterin Kerstin Philipp über das so genannte Grobkonzept, das in einzelnen Elementen bereits sehr ausgereift war. Ihnen wurde nach deutlich kommuniziertem Unmut unsererseits über bisher nicht vorhandene Einbindung – wie auch allen Beschäftigten der Berliner Polizei, die am gleichen Tag über eine Mitarbeiterinformation Details erfuhren – versprochen, mit ins Boot genommen zu werden.

Dies wurde in folgenden Gesprächen, im Innenausschuss sowie in diversen Pressestatements mehrfach wiederholt. Wir haben klar gesagt, dass einzelne Ideen durchaus Sinn machen, wir den Veränderungen unvoreingenommen entgegensehen und bei der Entwicklung einer neuen Struktur der Berliner Polizei gern mit unserer Fachexpertise für Beratungen zur Verfügung stehen. Fünf Wochen später erfahren wir zunächst aus den Medien, dass die Polizeipräsidentin dem Innensenator an diesem Freitag einen Vorschlag für die zentral im Fokus stehende Neuordnung der einzelnen örtlichen Direktionen unterbreiten möchte. Gestern wurden Kolleginnen und Kollegen via Mitarbeiterinformation darüber in Kenntnis gesetzt, heute die Personalvertretungen. Unter Einbindung verstehen wir etwas anderes, Kolleginnen und Kollegen mit ins Boot nehmen, bedeutet nicht, sie über Entscheidungen nachträglich zu informieren. Einbindung bedeutet, dass man mit den Kolleginnen und Kollegen spricht und ihre Anmerkungen berücksichtigt. Das kann aus unserer Sicht beim Blick auf die jetzt angedachten Pläne nicht passiert sein, denn sie ergeben in vielerlei Hinsicht keinen Sinn.

Wir vertreten grundsätzlich die Meinung, dass sich die bisherigen örtlichen Strukturen bewährt haben. Sie orientieren sich an den Bezirksgrenzen, jede Direktion hat ihre eigenen Schwer- und Brennpunktbereiche. In der Vergangenheit haben sich Netzwerke der örtlichen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Bezirk und anderen Institutionen wie Jugendämtern aufgebaut, um polizeispezifische Arbeiten zu bewerkstelligen. Mit einer neuen Struktur der örtlichen Direktionen werden aufgebaute Kooperationen auseinandergerissen, allein Mittes Bezirksbürgermeister wird in Zukunft drei Direktionsleiter als Ansprechpartner erhalten. Ohnehin ist es zwar richtig, mit verstärktem Personal an Kriminalitätsschwerpunkten zu agieren. Die Polizei auf Basis dieser örtlich zu strukturieren, ist aber zu kurzfristig, weil sie sich auch schnell verlagern können. Wenn wir aktuell über die Schaffung einer gewünschten zentralen Schwerpunktdirektion sprechen, ist es nicht nachvollziehbar, dass wir die bisherige Direktion 3 in Mitte in drei Teile zerstückeln, die Verantwortung für das Regierungsviertel oder den Wedding teilweise aus dieser auslagern.





➤ **Direktionsneuzuschnitt**

Die geplante Zusammenführung der Abschnitte 31, 32 und 51 bis 55 zu einer bisher nicht genau bezeichneten Direktion ist aufgrund der bisher nicht geklärten Vorgehensweise für die jeweiligen Personalvertretungen abzulehnen. Es ist aus polizeilicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum die nach unserer Meinung hervorragend organisierte Direktion 3 in drei Stücke zerteilt wird, die Abschnitte 33 und 34 in die Direktion 2 und die Abschnitte 35 und 36 in die Direktion 1 gehen sollen. Die Neueinordnung des Abschnitts 56 in die Direktion 4 ist ebenfalls örtlich nicht nachzuvollziehen. Auch hier aber gehen durch die Veränderung etablierte Strukturen kaputt, ein Stadtbezirk verteilt sich samt seiner Verwaltungsstruktur dann auf zwei Direktionen.

➤ **Brennpunkthundertschaft**

Das Konzept ist an die Einsatztrupps bzw. Brennpunktstreifen in der Direktion 5 angelehnt, hat sich dort bewährt und unter anderem zu einer spürbaren Verbesserung der Situation am Kottbusser Tor geführt. Mit szenekundigen Kolleginnen und Kollegen an Orten mit viel Kriminalität zu arbeiten, ist sinnvoll. Allerdings sollte diese Herangehensweise nicht allein in Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln gewählt werden, wir machen uns für eine Brennpunkteinheit unterschiedlicher Größe in jeder örtlichen Direktion stark.

➤ **Landespolizeidirektion**

Es ist sinnvoll, eine vierte Säule zu schaffen, die für das aktive, operative Tagesgeschäft verantwortlich ist und die Interessen der örtlichen Direktionen sowie der Direktion Einsatz unter einem Dach zusammenbringt. Kritisch sehen wir die Notwendigkeit zusätzlicher Stabsstellen, durch die Personal an der Basis fehlt.

➤ **Direktion Verkehr**

Die Herauslösung des BVKD aus der Direktion Einsatz muss ebenfalls mit zusätzlichen Stabsstellen zulasten der Basis besetzt werden. Es wird sich zeigen, wie der einsatzbedingte Konflikt zwischen Bewältigung hauptstadtbedingter Aufgaben (z. B. Staatsbesuche) und einer zentralorganisierten Verkehrsüberwachung zu stemmen ist.

➤ **Direktion ZOS/Gef**

Die Direktion Einsatz verfügt derzeit über rund 6.400 Beschäftigte und verteilt sich über Dienststellen im gesamten Stadtgebiet. Eine Eigenständigkeit der Bereiche ZOS/Gef wurde bereits länger angedacht und von uns positiv bewertet, weil so mehr auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Anforderungen der Kolleginnen und Kollegen reagiert werden kann. Zusätzliche Stabsstellen sind auch hier von Nöten.

➤ **Landeskriminalamt**

Die Polizeipräsidentin betonte, dass das LKA bisher nicht in die Betrachtung der Strukturreform eingeflossen ist. Ein ähnliches Vorgehen ist allerdings auch hier zu erwarten. Wir warnen davor, auch hier zu zentralisieren. Ein LKA unter einem Dach ist weder notwendig noch sinnvoll. Schon jetzt reden wir über das größte Landeskriminalamt. Wir sehen bei der Direktion Einsatz, wie schwer es ist, den Interessen aller Beschäftigten in gewünschtem Umfang nachzukommen. Eine weitere Aufblähung lehnen wir ab, zumal sich kiezororientierte Kriminalität nicht zentral bekämpfen lässt und das nur vor Ort funktionieren kann. Wir können und dürfen die Direktionsleiter nicht aus der Verantwortung der Kriminalitätsbekämpfung entlassen und müssen sie personell, wie auch das LKA, mit einem Mehr an Kriminalisten in der Fläche stärken. Wir haben in ganz Berlin keine Kriminalisten zweiter Klasse, die Qualität ist sowohl im LKA als auch in den örtlichen Direktionen hoch. So sollten wir eher darüber nachdenken, das LKA zu verschlanken und auf seine Kernaufgaben zurückzuführen. Dazu gehören überörtlich agierende Täter, Verfahren der Schwer- und schwerstkriminellen sowie ggf. Fälle von herausragender Bedeutung. Aufgrund landesweiter Kriminalitätsphänomene und deren operative und strategische Maßnahmen muss die Zentralstelle für Prävention unserer Meinung nach beim LKA verbleiben. Die bereits beschlossene Neuschaffung eines LKA 8 entspricht dem Bundestrend einer zunehmend konzentrierten Arbeit im Bereich der Gefährder und des islamistischen Terrorismus, was wir ausdrücklich begrüßen.

